

# **DELGAMUUKW-ENTSCHEID: MEILENSTEIN FÜR DIE ZUKUNFT DER INDIANER KANADAS**

Der Jahrhunderte dauernde Kampf der ersten Amerikaner um Anerkennung ihrer Rechte geht weiter

*(Von Nicole Schabus)*

Im Jahre 1980 fuhren an die tausend Indianer nach Ottawa, um für ihre Rechte als die eigentliche Urbevölkerung des Landes zu demonstrieren. Die Anreise erfolgte per Eisenbahn quer durch den Kontinent und ging als "Constitution Express" in die Geschichte ein. Initiatoren waren politisch besonders engagierte Indianerstämme der Provinz Britisch-Kolumbien. Sie hatten Erfolg: Im Artikel 35 der kanadischen Verfassung wurden die angestammten Rechte der indigenen Völker Kanadas als "Aboriginal Title and Rights" festgeschrieben.

Die Indianer sehen darin eine dritte, auf ihren traditionellen Rechtssystemen basierende Regierungsebene neben der der Bundesregierung und der der Provinzregierungen. Eine nähere Interpretation des Verfassungsartikels unterblieb jedoch, sodass es zwischen indigenen Gruppen und Regierungsstellen immer wieder zu Differenzen bezüglich der Auslegung kommt.

Nach wie vor sehen sich die Indianer um immer mehr ihrer angestammten Rechte gebracht. Immer größere Flächen ihrer traditionellen Gebiete werden durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zerstört. Der Profit, der aus den traditionellen Indianergebieten gezogen wird, macht jedoch einen großen Bogen um die indigenen Gesellschaften, während die Fläche, die ihnen als Reservatsland zugestanden wird, bei weitem nicht ausreicht, um der Bevölkerung wirtschaftliche Prosperität oder gar Autarkie zu sichern.

## **Landrechte anerkannt**

Im Zuge und als Schlusspunkt eines Rechtsstreites fiel im Dezember 1997 die so genannte "Delgamuukw-Entscheidung": Darin anerkennt der Oberste Gerichtshof von Kanada ausdrücklich die ursprünglichen Landrechte der Indianer. "Aboriginal Title", so der englische Terminus Technicus dafür, wird durch die Delgamuukw-Entscheidung nicht erst geschaffen, vielmehr anerkennt er, dass schon vor Ankunft der Europäer das Land unter den indigenen Gruppen rechtsgültig verteilt und abgegrenzt war. Außerdem bedeutet der Entscheid, dass die Indianer Rechte und Ansprüche (an Land), die sie vertraglich nie abgetreten haben, eben noch besitzen.

## **Urteil und Auslegung**

Die indigenen Gruppen Kanadas und der Oberste Gerichtshof vertreten gemeinsam die Auffassung, dass "Aboriginal Title" parallel zu anderen Landrechtsansprüchen, besonders bezüglich öffentlichen Eigentums, besteht. Das würde in der Praxis bedeuten, dass über Nutzung und Ausbeutung der Ressourcen auf traditionellem Indianerland nicht einseitig von der Bundesregierung oder der jeweiligen Provinzregierung entschieden werden kann, sondern ein Konsens mit den ursprünglichen Eigentümern, eben den indigenen Gemeinschaften, gesucht werden muss.

Die kanadische Bundesregierung hingegen sieht in der "Delgamuukw-Entscheidung" keinen allgemein gültigen, sondern einen spezifischen Richterspruch. Sie will "Aboriginal Title" nur dort gelten lassen, wo die Ansprüche jeweils per Gerichtsentscheid für ein bestimmtes Territorium zuerkannt werden. Dies bedeutet langwierige und kostspielige Prozesse für die indigenen Gruppen.

Für Stämme, die bislang noch keinerlei Verträge mit der kanadischen Regierung eingegangen sind, - das betrifft zum Beispiel fast alle Indianervölker der Provinz Britisch-Kolumbien - werden Verhandlungen angeboten. 1986 beschloss die Bundesregierung in Ottawa die "Comprehensive Claims Policy", ein Regierungsprogramm, das die Bedingungen und Ziele der Verhandlungen mit Indianern umreißt.

Der Wermutstropfen dieser Politik besteht darin, dass die Indianer zuerst auf alle ihre grundsätzlichen Rechte als Ureinwohner des Landes verzichten müssen. Mit dem Vertrag würden ihnen dann "neue" Rechte von der kanadischen Regierung gegeben.

Die erste Gruppe in Britisch-Kolumbien, die nach dieser Richtlinie einen "modernen" Vertrag abgeschlossen hat, sind die Nisga'a. Nach beinahe 20-jährigen Verhandlungen haben sie nun seit April die vollen Verwaltungsrechte für das im Vertrag umrissene Gebiet, gerade acht Prozent ihres traditionellen Landes, eingeräumt bekommen. Von den 190 Millionen kanadischen Dollar, die die Nisga'a in den kommenden 15 Jahren ebenfalls erhalten - damit müssen die sich eine wirtschaftliche Basis schaffen, die alle künftigen Ausgaben des Stammes deckt - sind 50 Millionen Dollar für die im Verhandlungszeitraum entstandenen Kosten für Recherchen und Rechtsberatung, die die Regierung vorgeschossen hat, zurückzuzahlen.

Der Vorschuss wird auch fällig, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden. Das ist eines der Druckmittel, das viele indigene Gruppen darin hindert, den Verhandlungstisch zu verlassen - trotz wachsender Frustrationen.

### **Kampf um Altrechte**

Führende Indianervertreter und Organisationen wenden sich vehement gegen die "Comprehensive Claims Policy" der kanadischen Regierung. In einem gemeinsamen Kommuniqué der "Assembly of First Nations" (AFN - Interessenvertretung der Statusindianer Kanadas), der "Union of British Columbia Indian Chiefs" (Union der Häuptlinge von Britisch-Kolumbien), der "Interior Alliance" (Allianz von fünf indigenen Nationen im Inland von Britisch-Kolumbien) sowie des "First Nation Summit" (alle Gruppen, die sich derzeit in Britisch-Kolumbien in Verhandlungen befinden) wird bekräftigt, dass sie an "Aboriginal Title" und an den angestammten Rechten aller indigenen Gruppen in Kanada festhalten und nicht daran denken, diese Rechte aufzugeben.

In Anbetracht der Probleme, die sich aus der Diskrepanz zwischen der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes einerseits und der Haltung der kanadischen Bundesregierung andererseits ergeben, bieten die Vertreter der indigenen Völker ihre Unterstützung bei der Neuordnung der Indianerpolitik an.

Eine Expertengruppe aus Indigenen und Regierungsvertretern soll die politischen Richtlinien der "Comprehensive Claims Policy" im Lichte des Delgamuukw Entscheids analysieren und Konzepte für eine Reform der umstrittenen Politik erarbeiten. Dieses Papier soll dann von den beteiligten Parteien in weiteren Verhandlungen ausgearbeitet werden.

### **Neue Basis für Beziehungen**

Als letzter Schritt müsste dann der Ministerrat der kanadischen Bundesregierung der neuen politischen Richtlinie zustimmen und für deren Umsetzung auf allen Ebenen sorgen. Ein solcher Prozess könnte zu einer Neudefinierung der Beziehungen zwischen den indigenen Völkern und den weißen Siedlern in Kanada führen.